

Regierung gibt Zahlen der Kantonalbank nicht preis

Die SP wollte wissen, ob die Glarner Kantonalbank Gesetz und Eignerstrategie noch einhalte – vor allem beim Geschäftsgebiet. Das tut die GLKB laut dem Regierungsrat. In einem Punkt will dieser aber über die Bücher.

von Fridolin Rast

Die SP des Kantons Glarus macht sich Sorgen um die Glarner Kantonalbank (GLKB). In einer Interpellation stellte sie im Februar Fragen dazu.

In einem ersten Anlauf hatte die Glarner SP bei der GLKB direkt gefragt, sie war aber nicht zufrieden mit den Antworten vom Dezember 2017. Einerseits fragt die SP, weil die GLKB ihr Geschäftsgebiet vor allem mit der Kreditvergabe per Internet und mit dem Verkauf entsprechender Programme an andere Banken über den Kanton und über das Kerngeschäft einer Bank hinaus ausdehne. Andererseits, weil sie dabei auch zunehmend Kleinkredite verberge.

Die Interpellation der SP wird nun vom Regierungsrat im neusten Bulletin beantwortet. Was Zahlen angeht, allerdings nur in zwei Punkten. Konkret ist zum einen die Aussage: Die Kunden und die von der GLKB gewährten Kredite «liegen klar über 50 Prozent» im Wirtschaftsraum Glarus, also dem Kanton plus seinen Nachbarregionen Gaster und See auf der St. Galler sowie March und Höfe auf der Schwyz Seite der Linth. Genauere Zahlen habe der Regierungsrat zwar, er gibt sie aber auch auf Nachfrage der «Südostschweiz» nicht bekannt.

«Geschäftspolitisches» Schweigen

Denn die GLKB will «aus geschäftspolitischen Gründen» keine genaueren Zahlen veröffentlicht sehen, was «für den Regierungsrat nachvollziehbar ist», so das Bulletin weiter. Immerhin gelten die «klar über 50 Prozent» nicht nur im Dezember 2013, sondern auch noch im Dezember 2017. Dies, obwohl mit den neuen Geschäftsmodellen die ausserkantonalen Aktivitäten zugenommen hätten. Sprich: Der Anteil der Kunden und der Kredite ausserhalb des Kantons gewachsen ist.

Heute entsprechen das Geschäftsgebiet nach wie vor dem Kantonalbankgesetz, das «hauptsächlich den Kanton Glarus» umfasst, erklärt der Regierungsrat. Nach den Erläuterungen im Memorial zur Landsgemeinde, welche das Gesetz 2009 beschlossen hat, zählten zum Wirtschaftsraum



«Gesetzeskonform»: Die Glarner Kantonalbank ist der Regierung glarnerisch genug.

Bild Sasi Subramaniam

Glarus aber auch die Regionen Gaster, March, See und Höfe.

Ausserhalb ist das Gesetz strenger

Kredite, welche die GLKB ohne Sicherheiten vergibt, machen – die zweite preisgegebene Zahl – laut dem Regierungsrat gleichbleibend weniger als sieben Prozent an den gesamten Geldausleihungen aus. Und Geschäfte in der übrigen Schweiz, laut Gesetz ausserhalb des Kantons Glarus, «unterliegen den erhöhten ge-

setzlichen Risikoanforderungen». Ob die GLKB das Gesetz einhält, werde «durch diverse interne und externe Kontrollinstanzen regelmässig geprüft», heisst es im gestrigen Bulletin weiter.

Die SP fragt auch, warum die GLKB «ausgerechnet das Konsumkreditgeschäft» ausbaue und «in dieser Intensität» betreibe. Das liege «zweifelsfrei innerhalb des banküblichen Geschäfts», verweist der Regierungsrat auf die «herrschende Lehre». Wo-



«Der Regierungsrat versteht die GLKB, wenn sie öffentlich keine Kundenzahlen nennen will.»

Rolf Widmer

Finanzdirektor, GLKB-Verwaltungsrat

mit sich die GLKB innerhalb des gesetzlichen Rahmens bewege.

Weil die GLKB mit ihren Konsumkrediten die Gefahr einer Überschuldung der Kreditnehmer in Kauf nehme, stellt die SP auch die Legitimation der Bank infrage, im Vorstand der Schuldenberatung mitzumachen. Zu «ihrer Motivation» verweist der Regierungsrat auf die GLKB-Antwort vom Dezember. Und zitiert daraus einzig, auch ein Konsumkredit führe nicht zu einer Überschuldung, sondern nur vorübergehend zu einer Verschuldung.

Eignerstrategie wird revidiert

Die SP verlangt vom Regierungsrat – wenn auch in Frageform – eine Korrektur der Strategie oder eine Anpassung des Kantonalbankgesetzes. Das Gesetz sei eingehalten, lehnt die Regierung – in Antwortform – ab. Die Eignerstrategie der GLKB sei hingegen bereits wieder zehnjährig, und «die Bankenwelt hat sich in dieser Zeit stark verändert». Weshalb der Regierungsrat die Eignerstrategie bis 2022 überprüfen will.

Mit der Gesetzesänderung von 2009 habe die Landsgemeinde aber einen Kurswechsel beschlossen, schreibt der Regierungsrat: weg von der politischen Aufsicht zur «Corporate Governance», zu Regeln für ein richtiges Benehmen der Unternehmen. Der Regierungsrat übe nur noch die Aktionärsrechte aus und überwache, ob das Gesetz eingehalten wird. «Insbesondere ist es nicht seine Aufgabe, einzelne Geschäftsentscheide der Bank zu bewerten oder zu kommentieren.»

FDP will Lintharena erweitern

Ja zu den Bergbahnen, zur Lintharena und zum Finanzausgleich; nein zu den Radrouten. Das sind die Parolen der Glarner FDP zur Landsgemeinde.

Laut ihrer Mitteilung haben die Delegierten der kantonalen FDP in Schwanden ihre Landsgemeinde-Parolen gefasst. Ihr Fraktionspräsident Hans-Jörg Marti warb für unveränderte Zustimmung zum Tourismusgesetz. Die Vorlage schaffe die Voraussetzungen dafür, dass die öffentliche Hand neu auch touristische Kerninfrastrukturen mitfinanzieren könne. Es gehe dabei ausdrücklich nicht um die Sanierung der Bergbahnen, da keine Beiträge an die laufenden Kosten bezahlt würden, erklärte Marti. Die Finanzierung via Finanzinfra-Gesellschaft sei ein besserer Weg als A-Fonds-Perdu-Beiträge, da die Gesellschaft die Infrastrukturen dann als Wert besitze.

In der Diskussion wurde gefordert, dass die Sportbahnen besser miteinander kooperieren sollten. Bei der Abstimmung durfte sich der Fraktionspräsident über die klare Ja-Parole freuen.

Ja zum Kredit für die Lintharena

Ebenfalls von Marti vorgestellt wurde die Gesetzesänderung über die Förderung von Turnen und Sport. Ergänzt hat das Andreas Zweifel, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Lintharena.

Die FDP-Delegierten stimmten dem Kantonsbeitrag für die Sanierung wie auch den 5,9 Millionen Franken an die Erweiterung des Sportzentrums deutlich zu. Auch der Rahmenkredit für bauliche Massnahmen an diverse Sportanlagen und die Änderung des Gesetzes über die Förderung von Turnen und Sport wurden deutlich zur Annahme empfohlen.

Nein zum Radroustenausbau

Hans-Jörg Marti stellte auch die Radroutenvorlage vor. Aus seiner Sicht ist der Antrag unausgereift und führt zu hohen Folgekosten. Punktuelle Schwachstellen könnten in den nächsten Jahren auch ohne Memorialsantrag behoben werden. Dieser Meinung sind auch die Delegierten. Sie lehnen den Memorialsantrag einstimmig ab.

Roland Goethe warb für den neuen Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden. Er sei ausgewogen, keineswegs nur ein Kompromiss und auch für die Gebirgsgemeinden tragbar. Auch hier zu sagt die FDP einstimmig ja. (eing)

INSERAT

Heisser Punk und kalte Liebe mit Avale im Veka

Sie bevorzugen Nieten vor Spitze, Leder vor Satin, Lärm vor Stille: Die beiden Musikerinnen von Avale ersetzen Pariser Eleganz durch Metzger Energie, tauschen französische Charme in mysteriöse Düsterei ein und lassen nette Chansons zu rauen Punksongs werden. Um dem harten Sound standzuhalten, rüstet sich der Veka diesen Samstag, 21. April, mit Panzer-Tape aus. Damit sich dieses am Ende des Abends auch wieder von den Fenstern abtöst, legt DJ Sasquatch danach seine heissesten Platten auf. (eing)

Samstag, 21. April, 22.30 Uhr, Veka, Holenstein-Areal, Glarus

Bild des Tages: Magnolienzauber



Zurzeit stehen die zwei dominanten Magnolienbäume eingangs Glarus in voller Blüte. Die beliebten Ziergehölze vermitteln uns unmissverständlich, dass der Frühling endgültig angekommen ist.

Bild Werner Boerli-Kaufmann

«Kein Land der Welt hat ein Vollgeld-System. Die Schweiz darf für ein so gefährliches Experiment nicht als Versuchskaninchen herhalten.»



Vollgeld-Initiative

Nein.

www.vollgeldinitiative-nein.ch